



# NEWSLETTER



KAS AUSLANDSBÜRO MADRID  
FÜR SPANIEN UND PORTUGAL

AUSGABE 26

10. September 2007

## Inhalt

- **Seite 1**  
Parteien richten sich strategisch für den Vorwahlkampf aus
- **Seite 2**  
Neue Umfrage sieht Sozialisten knapp vor der Volkspartei
- **Seite 3**  
Rajoy erklärt Anstieg der Arbeitslosigkeit mit dem „Ende des Erbes“ von Aznar
- **Seite 4**  
Scheitert das „Gesetz zur Historischen Erinnerung“ an der CIU?
- **Seite 5**  
Ibarretxe hält trotz ETA-Terror an Referendum über baskische Unabhängigkeit fest
- **Seite 6**  
Artur Mas will katalanisch-nationalistische Einheitsfront;  
Portugal: Kandidat für den PSD-Vorsitz auf teuren Wahlkampftouren

## Newsletter aus Madrid

### >> Parteien richten sich strategisch für den Vorwahlkampf aus



Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero (PSOE) und Oppositionsführer Mariano Rajoy (PP) bringen ihre Parteien für den anstehenden Wahlkampf strategisch in

Form. Regierungschef Zapatero versuchte in den letzten Tagen dabei, vor allem die Kritiker aus den eigenen Reihen zufrieden zu stellen, die zu wenig soziale Maßnahmen seitens seiner Regierung beklagen. In einem fünfseitigen Interview mit der PSOE-nahen Tageszeitung „El País“ kündigte er auf dem Weg zur „definitiven Modernisierung Spaniens“ eine Erhöhung der Sozialleistungen an. Seine Regierung wolle Spanien zu einem Land machen, das innerhalb Europas und der Welt einen Spitzenplatz im sozialen Bereich einnehme. Um dies konkret umzusetzen, will Zapatero die Mindestrenten um das Doppelte des durchschnittlichen Wachstums der anderen Renten anheben. Zusätzlich sollen alleinerziehende Witwen im Monat 110 Euro mehr Rente erhalten und der Vaterschaftsurlaub von 15 auf 30 Tage ausgedehnt werden.



Unterdessen wurden Details des „Fahrplans“ der Sozialisten auf dem Weg zu den Parlamentswahlen bekannt. So soll Zapatero im November offiziell zum Spitzenkandidaten seiner Partei gekürt werden. Die Zusammenstellung der Kandidatenlisten für den Kongress will die PSOE bis Ende Dezember abschließen, bevor Mitte Januar dann das Wahlprogramm verabschiedet werden soll.

Einen großen Teil des Interviews mit „El País“ widmete Zapatero der Kritik an der oppositionellen Volkspartei. Im Gegensatz zur „neokonservativen“ PP-Regierung von José María Aznar, die das Land durch die Teil-

nahme am Irakkrieg gespalten habe, sei seine Regierung von Zusammenhalt, Dialog und Frieden geprägt gewesen. Während die PP den gesetzlichen Mindestlohn eingefroren habe, sei er unter PSOE-Führung in 3 Jahren um 25 Prozent gestiegen. Die PP hätte nach Meinung Zapateros auch „niemals“ für ihn so entscheidende Gesetze wie die Homosexuellen-Ehe mit Adoptionsrecht beschlossen. In Anspielung auf den Führungsstreit innerhalb der Volkspartei bezeichnete es der Ministerpräsident als „außergewöhnlich“, dass es mehr „Ellenbogenchecks“ um die „Nummer Zwei“ als um die „Nummer Eins“ gebe.



Genau diesen Stellungskrieg um die Listenplätze der Volkspartei versuchte PP-Chef Mariano Rajoy indes vom Tisch zu fegen. In für ihn ungewöhnlich scharfem Ton hob er hervor, dass es er selbst sei, der über die Listen so entscheide, „wie es am besten für die PP und ihren Vorsitzenden ist“. In Anspielung auf das Theater um die Ambitionen des Madrider Bürgermeisters Alberto Ruiz-Gallardón bezeichnete Rajoy „bestimmte öffentliche Erklärungen dieses Sommers“ als „unverständlich“. Er akzeptiere zwar Vorschläge, jedoch keinen Druck. Ihm selbst gehe es „besser denn je“ und er habe in den letzten drei Jahren ausreichend unter Beweis gestellt, dass er jedem Druck standhalten könne.

Indes herrscht in der Frage der Rückkehr des aus Washington zurückkehrenden Rodrigo Rato (Foto) in die Politik noch völlige Unklarheit und Irritation. Während eine große Mehrheit der PP-Anhänger darauf hoffen, dass der populäre Rato wieder in die politische Bütt einsteigt, um die Aussichten der Volkspartei bei den kommenden Parlamentswahlen im März 2008 zu verbessern, zeigen sich führende Politiker der PP, darun-



## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 26 |

10. SEPTEMBER 2007

[www.kas.de/spanien](http://www.kas.de/spanien)

ter Generalsekretär Angel Acebes und Fraktionsvorsitzender Eduardo Zaplana, weniger begeistert. Denn diese fürchten wohl zu Recht um ihre politische Zukunft, zumal ihnen öffentlich der Ruf anhängt, die Partei durch ihre „rückwärtsgewandte“ Politik nach unten gezogen zu haben. Noch zu Beginn



der letzten Woche verkündete PP-Chef Rajoy (Foto), er bespreche diese Angelegenheit momentan im „privaten“ Rahmen und werde die Presse rechtzeitig informieren, wenn es diesbezüglich Neuigkeiten gebe. Als dann einige Tage später Generalsekretär Acebes lauthals verkündete, Rato werde keinen Listenplatz erhalten, war das Chaos vollendet. Unklar bleibt, ob Acebes diese Erklärung mit Rajoy und Rato abgestimmt hatte. Denn Rajoy nahm dazu nicht Stellung und Rato hält sich weiterhin bedeckt. Allerdings brachte sich dann wieder der ambitionierte Madrider Bürgermeister Alberto Ruiz-Gallardón ins Spiel, der auf den begehrten Listenplatz Nr. 2 spekuliert. Dies wiederum brachte für Rajoy das Fass zum Überlaufen. Kurzerhand erklärte Rajoy überraschend vor regionalen Parteiführern, er werde sich am Montag, 10. September, offiziell von der Partei zum Spitzenkandidaten für die Wahl 2008 künden lassen. Rajoy begründete seinen Schritt damit, dass sich die Partei auf die Wahlen konzentrieren solle statt sich unnötig von parteiinternen Diskussionen ablenken zu lassen. Die spanische Presse kommentierte die Erklärung Rajoys als Versuch, die innerparteiliche Debatte über die Nachfolgeregelung des „glücklosen“ Parteivorsitzenden zu beenden. Zwar sei niemals an seiner Spitzenkandidatur gezweifelt worden, doch sei es ein Zeichen der „Unsicherheit“, wenn Rajoy sich nun „überstürzt“ künden lasse. Sichtlich erfreut über die Situation in der Volkspartei erklärte die PSOE, Rajoy wolle mit seiner Entscheidung die Intriganten innerhalb der PP zum Schweigen bringen und vermeiden, dass weiter an seinem Stuhl gesägt wird.

In der Tat hat der Machtkampf innerhalb der Volkspartei die Stellung des Parteivorsitzenden erheblich beschädigt. Nur wenige glauben noch an einem Sieg der PP im kommenden Jahr. Insgeheim hoffen viele

PP-Anhänger, Rodrigo Rato werde noch in letzter Sekunde eingreifen, doch die Hoffnung schwindet mit jedem Tag.

Unterdessen ist eine für die nächsten Wahlen wichtige Detailinformation bekannt geworden. Im Gegensatz zur Wahl 2004 wird es voraussichtlich ein Fernsehduell zwischen den Spitzenkandidaten der beiden großen Parteien geben. Die PP erklärte, Rajoy werde „jedes direkte Duell“ mit dem Regierungschef akzeptieren. Das Duell soll im Staatsfernsehen TVE stattfinden, dem die PP in den letzten Jahren immer wieder ideologische Voreingenommenheit vorgeworfen hatte.

### >> Neue Umfrage sieht Sozialisten knapp vor der Volkspartei

Würden jetzt in Spanien Parlamentswahlen stattfinden, würde die PSOE 41,1 Prozent der Stimmen erreichen und die PP mit 39,7 Prozent knapp auf den zweiten Platz verweisen. Dies ist das Ergebnis der neuesten Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes



„Sigma Dos“ im Auftrag der liberalen Tageszeitung „El Mundo“. Im Vergleich zur letzten Umfrage vom April hat sich damit der Abstand zwischen den beiden großen Parteien minimal um 0,2 Prozent von 1,2 auf jetzt 1,4 Prozentpunkte vergrößert. Sollten sich diese Umfragen bei den Wahlen 2008 bewahrheiten, so wäre klar, die die PSOE abermals die Regierung stellen würde. Denn sowohl Zapatero als auch Rajoy haben übereinstimmend erklärt, nur dann eine Regierung anführen zu wollen, wenn die eigene Partei stärkste Kraft an den Urnen werde.

Beide Parteien sind laut Umfrage in der Wählergunst leicht gesunken, die PSOE um



0,4 und die PP um 0,6 Prozent. Die kommunistische „Vereinigte Linke“ (IU), die in ganz Spanien antritt, könnte Sigma Dos zufolge um 0,6 Prozent zulegen und käme jetzt auf 5,4 Prozent. Die Regionalparteien hingegen setzen ihren negativen Trend fort. So müssten die katalanischen Parteien mit Stimmeneinbußen rechnen. Das liberal-christdemokratische Parteienbündnis CiU, das sich gegenwärtig in



einem Richtungsstreit befindet, verschlechtert sich um 0,5 Prozent auf jetzt 2,7 Pro-

## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 26 |

10. SEPTEMBER 2007

[www.kas.de/spanien](http://www.kas.de/spanien)

zent. Ebenso nimmt die Unterstützung für die katalanischen Linksnationalisten (ERC) um 0,2 Prozent auf 2,3 Prozent ab. Die



Baskische Nationalistenpartei (PNV) hält ihren Stimmenanteil dagegen stabil bei 1,6 Prozent. Mit sinkender Zustimmung für die wichtigsten Regionalparteien in Katalonien und im Baskenland verschlechtern sich gleichzeitig die Möglichkeiten für eine der großen Parteien, eine tragfähige Regierung auf nationaler Ebene zu bilden. Denn die Wahrscheinlichkeit, dass PSOE oder PP eine absolute Mehrheit erzielt, ist erfahrungsgemäß gering. Insbesondere für die Volkspartei wird die Lage prekär, denn für eine Koalitionsbildung bzw. für einen Tolerierungspakt mit seinen ideologischen Verbündeten CiU und PNV würde es nicht mehr reichen. Die Sozialisten hingegen können auf die kommunistische Vereinte Linke rekurren, die ihren Stimmenanteil laut Umfrage verbessern kann.

Sigma Dos fragte auch nach der Bewertung der Regierungsmitglieder. Dabei kann Zapateros Stellvertreterin María Teresa Fernández de la Vega auf einer Skala von 1 bis 10 mit einem Wert von 6,0 ihren Spitzenplatz vor Wirtschaftsminister Pedro Solbes (5,5) und Innenminister Alfredo Pérez Rubalcaba (5,4) verteidigen. Die Ergebnisse verdeutlichen auch, dass der Stern des bisher äußerst beliebten Solbes mit den schlechteren Wirtschaftszahlen sinkt. Zudem hat Solbes (Foto), der gleich zu Beginn der amerikani-



schischen Hypothekenkrise negative Auswirkungen für Spanien vorhergesagt hat, dem Regierungschef Zapatero bei der Beurteilung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage Spaniens widersprochen und sich somit den Unmut vieler Regierungsmitglieder und PSOE-Anhänger zugezogen (vgl. nachfolgenden Artikel).

Die schlechtesten Bewertungen erhalten in der Umfrage Justizminister Mariano Fernández Bermejo (4,6) und Wohnungsbauministerin Carme Chacón (4,5). Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero kann seinen persönlichen Zustimmungswert gegenüber der April-Umfrage um 0,2 auf jetzt 5,6 Punkte steigern.

Unter den PP-Politikern erreicht der Madrider Bürgermeister Alberto Ruiz-Gallardón mit 5,7 den besten Wert. Auch Noch-IWF-

Chef Rodrigo de Rato wird mit 5,4 Punkten noch deutlich besser bewertet als PP-Spitzenkandidat Mariano Rajoy (4,7 Punkte).

Bei den Wählern der Volkspartei sieht die Reihenfolge der beliebtesten PP-Politiker etwas anders aus. Hier kommt Rodrigo Rato mit 7,4 auf den besten Wert. Auf Platz zwei folgen die Madrider Regionalpräsidentin Esperanza Aguirre und der ehemalige Innenminister Jaime Mayor Oreja mit 7,2 Punkten vor Alberto Ruiz-Gallardón (7,0). Mariano Rajoy erreicht auch unter den PP-Anhängern mit einem Wert von 6,7 nur einen Platz im Mittelfeld. Einig sind sich die Spanier allgemein und die Gruppe der PP-Wähler über die unbeliebtesten Politiker der Volkspartei. Die letzten drei Positionen nehmen der andalusische PP-Vorsitzende Javier Arenas, der PP-Fraktionsvorsitzende Eduardo Zaplana und Generalsekretär Ángel Acebes ein.

Im parteiinternen Streit über die Aufnahme von PP-Politikern in Wahllisten für den Kongress 2008 positionieren sich die PP-Wähler



laut Sigma Dos eindeutig. 83 Prozent wünschen sich Rodrigo Rato im Parlament und 71 Prozent Alberto Ruiz-Gallardón (Foto).

Der Umfrage zufolge sehen die Spanier die Oppositionsarbeit der von Mariano Rajoy geführten Volkspartei nicht besonders positiv. 43,2 Prozent glauben demnach gar, die PP fülle ihre Oppositionsrolle „schlecht“ oder „sehr schlecht“ aus. 32,1 Prozent halten sie für „durchschnittlich“, während nur 21,9 Prozent der PP eine „gute“ oder „sehr gute“ Oppositionsarbeit bescheinigen.

## >> Rajoy erklärt Anstieg der Arbeitslosigkeit mit dem „Ende des Erbes“ von Aznar

Im August 2007 waren in Spanien mehr als zwei Millionen Menschen ohne Arbeit. Dies

gab die Arbeitsagentur INEM in Madrid bekannt. Gegenüber dem Vormonat wurde ein Anwachsen der Erwerbslosigkeit um 2,9 Prozent registriert. Besonders stark war der Anstieg mit 9,6 Prozent im Bausektor, gefolgt von der Industrie (4,1 Prozent). Regional aufgeschlüsselt stieg die Arbeitslosenzahl in den Regionen Valencia und Katalonien am stärksten.



INSTITUTO DE EMPLEO  
SERVICIO PÚBLICO  
DE EMPLEO ESTATAL

## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 26 |

10. SEPTEMBER 2007

[www.kas.de/spanien](http://www.kas.de/spanien)

Lediglich in Castilla y León und in Cantabrien nahm die Erwerbstätigkeit leicht zu. Frauen sind von der Arbeitslosigkeit mit einem Anteil von 60,6 Prozent weiter deutlich stärker betroffen als Männer.

Unterschiedlich reagierten Regierung und Opposition auf die Veröffentlichung der neuesten Daten. Das Arbeitsministerium sprach von einem „saisonbedingten“ und „punktuellen“ Anstieg, der zwar stärker gewesen sei als in den Vergleichszeiträumen der vorhergehenden Jahre, jedoch insgesamt die positive Entwicklung nicht gefährde.



Anders wertete die oppositionelle Volkspartei die Daten. Für PP-Chef Mariano Rajoy (Foto) sind sie ein Zeichen dafür, dass das wirtschaftspolitische „Erbe“ der Aznar-Regierung aufgebraucht sei. Seine Partei erinnere die Regierung Zapatero nun schon seit drei Jahren erfolglos daran, dass weitere Reformen zur Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Wirtschaft und damit zur Sicherung der Arbeitsplätze notwendig seien. Die sozialistische Regierung habe sich im Gegensatz zur Vorgängerregierung wirtschaftspolitisch vor allem durch Untätigkeit hervorgetan. Für die „schlechtesten Augustzahlen der letzten 20 Jahre“ sei sie deshalb direkt verantwortlich. Ministerpräsident Zapatero habe sich dazu entschieden, während seiner Legislaturperiode darüber zu diskutieren, „ob wir eine, zwei oder drei Nationen sind, mit Terroristen zu verhandeln und über die historische Erinnerung zu sprechen“, anstatt sich den wirklichen Problemen der Menschen zu widmen. Gleichzeitig versprach Rajoy, die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zu einer Priorität seines Regierungsprogramms zu machen.

Sollte sich der negative Wirtschaftstrend fortsetzen, so könnte der Versuch der PP, diese Themen in den Vordergrund des Wahlkampfes zu schieben, Wählerstimmen gewinnen. Denn vor vier Jahren zeichnete sich ein deutlicher Wählertrend zugunsten der Volkspartei wegen ihrer erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik ab. Selbst der umstrittene Irakeinsatz der Aznar-Regierung konnte die positiven Werte für die PP nicht beeinträchtigen. Erst mit den tödlichen Madrider Anschlägen drei Tage vor der Wahl

im März 2004 drehte sich die Stimmung gegen die PP. Ministerpräsident Zapatero ist sich bewusst, dass eine Fortsetzung des Negativtrends auf dem Arbeitsmarkt die Wahlchancen für die PSOE beeinträchtigen könnte. Deswegen hat der Regierungschef seinem Wirtschaftsminister Solbes (im Foto



mit Zapatero), der eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt zugegeben hat, einen Maulkorb verschrieben. Die Regierung hingegen sieht keinen Grund zur Besorgnis und redet die Situation schön. So betonte Ministerpräsident Zapatero, Spanien sei gut auf die Krise gerüstet und versicherte, die Wirtschaft Spaniens wachse und werde auch künftig noch wachsen“. Mit ungebrochener Zuversicht will die Regierung damit die spanischen Wählerinnen und Wähler, die seit 20 Jahren einen Wirtschaftsboom erleben, davon überzeugen, dass die Wirtschaft weiter blühen wird. Sollte diese Argumentation nicht reichen, wird Zapatero die Spanier daran erinnern, dass die Volkspartei seit den Madrider Anschlägen von März 2004 eine „Lügnerpartei“ ist.

### >> Scheitert das „Gesetz zur Historischen Erinnerung“ an der CiU?

Das „Gesetz der historischen Erinnerung“, soll die Opfer der Franco-Diktatur und die Verteidiger der „Zweiten Republik“ moralisch anerkennen und ist eines der Vorzeigeprojekte von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero in den verbleibenden Monaten seiner Legislaturperiode. Da die PP und die katalanisch-linksnationalistische ERC das Gesetz strikt ablehnen, ist die Regierung zu seiner Verabschiedung voraussichtlich auf die Zustimmung der Regionalparteien PNV und CiU angewiesen. Der CiU-



Fraktionsvorsitzende Josep Antoni Duran i Lleida (Foto) erklärte, seine Fraktion sei in dieser Frage „verhandlungsbereit“. Gleichzeitig machte er jedoch eine explizite Verurteilung auch der republikanischen Kriegsverbrechen insbesondere an den katalanischen Katholiken im Gesetzestext zur Bedingung für eine Zustimmung der CiU im Parlament.

Die stellvertretende Ministerpräsidentin María Teresa Fernández de la Vega (Foto un-

## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 26 |

10. SEPTEMBER 2007

[www.kas.de/spanien](http://www.kas.de/spanien)

ten) weist eine solche Ergänzung des Entwurfes jedoch zurück. Absicht des Gesetzes sei es, „die Menschen, die die Konsequenzen des Bürgerkrieges und des Frankismus erlitten haben“ zu entschädigen und nicht, „Verantwortlichkeiten abzugrenzen und historische Urteile“ vorzunehmen.

Genau dies wirft die PP dem Gesetzesentwurf in seiner jetzigen Form jedoch vor und beklagt, er wolle ein moralisches Urteil darüber bilden, wer im spanischen Bürgerkrieg „die Guten“ und wer „die Bösen“ gewesen seien. Der Generalsekretär der PP-Fraktion im Kongress, Jorge Fernández Díaz, kritisierte die CiU dafür, sich nicht von Anfang an gegen das Gesetz gestellt zu haben. Die jetzige Forderung Duran i Lleidas sei lediglich „eine Maßnahme für die Galerie“, um das „Nein“ zu einem Gesetz zu rechtfertigen, welches „nie hätte entstehen dürfen“.

Auch der Fraktionsvorsitzende der kommunistischen IU, Joan Herrera, kritisierte die Argumente der CiU - wenn auch von der anderen Seite her. Er könne es nicht akzeptieren, wenn die „isolierten Gewaltausbrüche“ der Republikaner mit der „systematischen frankistischen Repression“ verglichen würden.

Der Sprecher der Parlamentsfraktion der katalanischen Linksnationalisten (ERC), Joan Tardà, bekräftigte erneut die Absicht seiner Partei, das Gesetz abzulehnen. Grund für diese Haltung sei die Tatsache, dass es nur eine moralische Wiedergutmachung der Verbrechen enthalte, die Gerichtsurteile der Franco-Diktatur jedoch nicht „ausdrücklich annulliert“ würden. Genau dies aber will die sozialistische Regierung in Madrid vermeiden, denn dies würde nicht nur die spanische Justiz personell überfordern, sondern auch für den Staat kostspielig werden, der mit einer Flut von Wiedergutmachungsanträgen rechnen müsste.

Die jüngste Debatte zeigt einmal mehr, dass in Spanien kaum ein Thema noch heute so kontrovers diskutiert wird wie die Aufarbeitung des Bürgerkrieges und der Franco-Diktatur. Die Zeit für eine Verabschiedung des kontroversen Gesetzes drängt unterdessen, da sich das Parlament im Dezember selbst auflösen wird und vorher noch den Haushalt für 2008 verhandeln muss. Sollten PSOE und CiU nicht wider Erwarten bald ih-

re Positionen annähern, wird das Gesetzesvorhaben wohl vorerst scheitern. Aufgrund des hohen symbolischen Wertes, den es für Zapatero von Anfang an hatte, käme ein solches Scheitern auch einer persönlichen Niederlage des Ministerpräsidenten gleich.

## >> Ibarretxe hält trotz ETA-Terror an Referendum über baskische Unabhängigkeit fest

Der baskische Regionalpräsident (*lehendakari*) Juan José Ibarretxe (Foto) hält an seinem Konfrontationskurs gegenüber dem gemäßigten Flügel seiner Partei PNV und der



Zentralregierung in Madrid fest. Jetzt kündigte er an, auch ohne ein Ende der ETA-Gewalt ein Referendum über eine Selbstbestimmung des Baskenlandes abhalten lassen zu wollen. Obwohl der baskische Koalitionsvertrag eine solche Volksabstimmung nur in einem „Klima ohne Gewalt“ vorsieht, fühlt sich Ibarretxe offenbar nicht länger an diese Abmachung gebunden. Er werde nicht darauf warten, dass „ETA die Ampel auf grün schaltet“, um die Basken über ihre Zukunft entscheiden zu lassen. Am 28. September will Ibarretxe seine genauen Pläne im baskischen Regionalparlament vorstellen.

Die Reaktionen auf den Vorstoß Ibarretxes ließen nicht lange auf sich warten und fielen auch aus den Reihen seiner eigenen Partei deutlich aus. Der ehemalige PNV-Vorsitzende Román Sudupe, der dem gemäßigten Flügel um Parteichef Josu Jon I-maz angehört, hält die Pläne seines Regionalpräsidenten für falsch. In Anbetracht der Tatsache, „dass die ETA die Uneinigkeit zwischen uns fördern möchte“, stehe zu befürchten, dass die Terroristen ihre Anschläge ausweiteten, falls die Regierung eine Volksbefragung durchführt. Um die Glaubwürdigkeit der PNV zu erhalten, sei es notwendig, dass sie sich genau an den Koalitionsvertrag halte, so Sudupe. Auch der PNV-Bürgermeister von Bilbao, Iñaki Azkuna, kritisierte mit klaren Worten den Kurs Ibarretxes. Es sei „Wahnsinn“, eine Volksabstimmung durchzuführen, wenn gleichzeitig Menschen getötet würden. Gleichzeitig erinnerten die Kritiker Ibarretxes diesen daran, dass die PNV 2005 in einem einstimmigen

## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 26 |

10. SEPTEMBER 2007

[www.kas.de/spanien](http://www.kas.de/spanien)

Beschluss ein Ende der Gewalt zur Bedingung für ein Referendum gemacht hatte.

Unverständnis und harte Kritik an Ibarretxe kamen auch von Regierung und Opposition in Madrid. Die stellvertretende Regierungschefin María Teresa Fernández de la Vega erinnerte daran, dass die Abhaltung eines Referendums ausschließlich in der Kompetenz der Zentralregierung liege. Zu den Ankündigungen Ibarretxes habe sie ansonsten keine Kommentare abzugeben, erklärte die PSOE-Politikerin sichtlich verärgert.

Für die Volkspartei äußerte Kommunikationssekretär Gabriel Elorriaga (Foto), es sei nicht zu akzeptieren, dass Ibarretxe zu einem Zeitpunkt von Selbstbestimmung spricht, an dem eine „kriminelle Organisation die Freiheit der Bürger des Baskenlandes und Spaniens“ beschneide. Dies verstünde „nicht nur jeder Demokrat, sondern auch viele Menschen innerhalb der PNV“. Ibarretxe hingegen verliere auch in seiner eigenen Partei immer mehr an Autorität.



onssekretär Gabriel Elorriaga (Foto), es sei nicht zu akzeptieren, dass Ibarretxe zu einem Zeitpunkt von Selbstbestimmung spricht, an dem

### >> Artur Mas will katalanisch-nationalistische Einheitsfront

Die Zerreißprobe für das Parteienbündnis CiU könnte noch schneller kommen als bisher erwartet. Nach Berichten der über CiU-Interna normalerweise gut informierten Tageszeitung „La Vanguardia“ will Artur Mas



(Foto) mit einer Großveranstaltung am 20. November in Barcelona ein neues politisches Projekt

des katalanischen Nationalismus begründen. Der Politiker der liberal-nationalistischen CDC hatte zuvor erklärt, seine Partei müsse eine katalanistische Mehrheit unter Einschluss von Linksnationalisten (ERC) und Sozialisten (PSC) bilden und dabei auch eine „politische Organisation jenseits von CiU“ ins Auge fassen. Laut „La Vanguardia“ ist der Grund für diese „Radikalisierung“ des CDC-Kurses die Absicht, aus der Unzufriedenheit der katalanischen Bevölkerung mit der Zentralregierung in Madrid wegen der katalanischen Infrastrukturkrise politisches Kapital zu schlagen. Artur Mas sieht in seiner jüngsten Initiative eine „moralische und nationale Wiederbewaffnung“. Das neue, katalanistisch-nationalistische Bündnis müs-

se das politische Rechts-Links-Spektrum durchbrechen.



Der christdemokratische Bündnispartner der CDC, die UDC, ist offenbar nicht bereit, den jüngsten Kurswechsel der Partei Artur Mas´ mitzutragen. UDC-Chef Josep Antoni Duran i Lleida (Foto) erklärte, die christdemokratische Ausrichtung seiner Partei sei nur schwerlich mit linksnationalistischen Ideen vereinbar. Das seit 1979 bestehende Parteienbündnis CiU dürfe nicht in ein „großes, gemeinsames Haus des Katalanismus“ verwandelt werden. Das neue Experiment des CiU-Chefs werde deswegen „nicht im Haus der UDC“ durchgeführt werden.

Duran i Lleida verknüpfte seine Aussagen mit einer harten Kritik am ehemaligen katalanischen Regionalpräsidenten Jordi Pujol (CDC), der zu einem „Haushaltsstreik“ Kataloniens gegenüber Madrid aufgerufen hatte, falls die Zentralregierung die geforderten finanziellen Investitionen zur Verbesserung der katalanischen Infrastruktur nicht bewilligen sollte. Derartige Vorschläge seien wegen ihrer „Radikalität“ kontraproduktiv, so der CiU-Fraktionsvorsitzende im spanischen



Kongress. Katalonien müsse zwar „Standfestigkeit“ gegenüber Madrid zeigen, radikale Ideen führten jedoch ins Leere.

Anstatt der christdemokratischen UDC die Hand auszustrecken, kritisierte der neue katalanische PP-Chef Daniel Sirera (Foto) den UDC-Chef: Wenn Duran i Lleida es ernst damit meine, nicht am neuen Projekt von Artur Mas teilnehmen zu wollen, solle er dies dadurch beweisen, dass er die CiU verlasse. Die Auseinandersetzungen innerhalb des Parteienbündnisses erinnerten mittlerweile an „die besten Zeiten“ der völlig zerstrittenen katalanischen Dreiparteien-Koalitionsregierung („Tripartito“) der letzten Legislaturperiode.

### >> Portugal: Kandidat für den PSD-Vorsitz auf teuren Wahlkampf Touren

Nach der verheerenden Wahlniederlage seines Parteifreundes Fernando Negrão bei den Bürgermeisterwahlen in Lissabon vom 15.

## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 26 |

10. SEPTEMBER 2007

[www.kas.de/spanien](http://www.kas.de/spanien)

## Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
 Auslandsbüro Madrid  
 V.i.S.d.P: Michael Däumer  
 Redaktion: Michael Däumer/  
 Sebastian Grundberger  
 Plaza de Castilla, 3, 16-D 2  
 28046 Madrid, Spanien  
 Tel: (+34) 91 579 61 86  
 Fax: (+34) 91 571 86 12  
 Email: [info@fka-madrid.org](mailto:info@fka-madrid.org)  
 Web: [www.kas.de/espana](http://www.kas.de/espana)



Juli hatte PSD-Chief Luís Marques Mendes (Foto) die politische Verantwortung übernommen und Konsequenzen angekündigt.

Durch die Festsetzung vorgezogener Wahlen für den Parteivorsitz am 28. September und für den Parteivorstand Mitte Oktober beabsichtigt Marques Mendes, die parteiinterne Krise zu überwinden und die Machtkämpfe zwischen den verfeindeten Flügeln innerhalb der PSD endgültig zu beenden.

Neben Marques Mendes selbst, der sich zur Wiederwahl als Parteichef stellt, bewirbt sich der als Populist bekannte Luís Filipe



Menezes (Foto). Der dem ehemaligen Ministerpräsidenten Pedro Santana Lopes nahestehende Politiker sieht

sich jetzt Kritik an seinem parteiinternen Wahlkampf ausgesetzt. Grund ist eine teure Wahlkampftour auf die atlantischen Azoren-Inseln Pico, Faial, San Miguel, San Jorge und Ilha Terceira an Bord eines Sportflugzeugs. Ribau Esteves, Sprecher von Luís Filipe Menezes erklärte, bei der Cessna handle es sich um eine Wahlkampfspende der besonderen Art, die Menezes von einem engen persönlichen Freund gemacht worden sei. Andere Kandidaten würden Mailing- oder SMS-Aktionen durchführen, die „viel mehr Geld“ kosteten als eine zweitägige Azoren-Tour in einem Sportflugzeug. Die Tour werde zudem ordnungsgemäß abgerechnet.

Der Sprecher der Kandidatur von Luís Marques Mendes zeigte sich „perplex“ über derart extravagante Wahlkampftechniken. „Meine Verwunderung ist so groß, dass mir der Mund offen stehen bleibt“, sagte Macário Correira.

Gegenwärtig werden Marques Mendes die besten Chancen für eine Wiederwahl eingeräumt. Zwar fehle ihm laut politischer Beobachter das notwendige Charisma, um die Massen hinter sich zu bringen, aber er habe auch Erfolge aufzuweisen. So habe er die Kommunalwahlen 2005 in einer für die PSD schwierige Zeit nach der Niederlage im Februar 2005 gewonnen und auch die Präsidentschaftswahl erfolgreich absolviert, die mit einem deutlichen Sieg des erstmals von der PSD gestellten Staatspräsidenten Aníbal

Cavaco Silva endete. Sollte Marques Mendes die Wiederwahl gelingen, so besteht seine Hauptaufgabe darin, die verfeindeten Parteiflügel endlich zu einigen und sich für die Parlamentswahl im Oktober 2009 zu rüsten. Die Urwahl zum Parteivorsitzenden muss jedoch mit einem deutlichen Ergebnis enden, damit Marques Mendes gestärkt seine Aufgaben bewältigen kann. Ein knappes Resultat hingegen würde die PSD weiter schwächen und die Chancen, 2009 wieder in



die Regierungsverantwortung zu kommen und den jetzigen sozialistischen Ministerpräsidenten José Sócrates (Foto) abzulösen, deutlich verringern.